Gemeinde Denklingen

Lkr. Landsberg am Lech

Bebauungsplan Photovoltaik – Ökostrom 24

Planung PV Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Körperschaft des öffentlichen Rechts Arnulfstraße 60, 3. OG, 80335 München

Tel. +49 (0)89 53 98 02 - 0, Fax +49 (0)89 53 28 389 pvm@pv-muenchen.de www.pv-muenchen.de

Bearbeitung Pfannmüller, Kneucker QS: goe

Aktenzeichen DEN 2-34

Plandatum 08.02.2021 (Entwurf)

25.09.2020 (Vorentwurf)

Satzung

Die Gemeinde Denklingen erlässt aufgrund § 2, 3, 4, 9 und 10 Baugesetzbuch –BauGB–, Art. 81 Bayerische Bauordnung –BayBO– und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern –GO– diesen Bebauungsplan als Satzung.



Α	Festsetzungen		
1	Geltungsbereich		
1.1		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs	
2	Art der baulichen Nutzung		
2.1	SO _{Photovoltaik}	Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik"	
2.1.1	 Zulässig sind ausschließlich: die Errichtung und der Betrieb von aufgeständerten Photovoltaik-Modulen Transformatorengebäude Einzäunung 		
3	Maß der baulichen Nutzung		
3.1	GR 3.300	zulässige Grundfläche in Quadratmeter, z.B. 3.300 qm	
3.2	Die maximal zulässige Höhe der Photovoltaikmodule, gemessen von der Oberkante des natürlichen Geländes bis zum höchsten Punkt der mit max. 20° schräg gestell ten Photovoltaik-Module beträgt. 2,25 m.		

- 3.3 Die Bodenfreiheit, gemessen von der Oberkante des natürlichen Geländes bis zum tiefsten Punkt der Photovoltaik-Module beträgt 0,8 m.
- 3.4 Die max. zulässige Wandhöhe von Transformatorengebäude, gemessen von der natürlichen Geländeoberkante bis zur Oberkante Dachhaut, beträgt 3,0 m
- 4 überbaubare Grundstücksfläche
- 4.1 Baugrenze
- 4.2 Transformatorengebäude sind nur innerhalb der Baugrenze zulässig.
- 4.3 Zaun

Die Einfriedung der Anlage ist auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

- 5 Verkehrsflächen
- 5.1 Straßenbegrenzungslinie

5.2



Zufahrt

Die Zufahrt zu den Baugrundstücken ist nur an der festgesetzten Stelle zulässig.

5.3 Für befestigte Flächen sind ausschließlich versickerungsfähige Beläge zu verwenden.

6 Grünordnung

Die Fläche unter und zwischen den Modulen ist als extensive Wiese anzulegen und zu pflegen. Je nach Aufwuchs ist die Fläche 2 bis max. 3 Mal im Jahr zu mähen, wobei die erste Mahd nicht vor dem 15.06. erfolgen darf. Das Mahdgut ist von der Fläche zu entfernen. Das Ausbringen von Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

6.2

Eingrünung

1 bis 3-reihige Hecke, Pflanzabstand 1,5 m für Strauchpflanzungen sind standortgerechte gebietseigene Sträucher, einmal verpflanzt, 100 – 150 cm, mit 8 Trieben zu verwenden.

6.3 Einfriedungen sind sockelfrei mit einem Bodenabstand von 0,1 m auszuführen.

6.4

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Ausgleichsmaßnahme)

6.4.1 Entwicklungsmaßnahmen

Innerhalb der Umgrenzung ist eine extensive Wiese mit einem Kräuteranteil von mindestens 30% anzulegen.

6.4.2 Herstellungsmaßnahmen:

In den ersten 5 Jahren mehrmalige Mahd (mind. 3-mal). Das Schnittgut ist von der Fläche zu entfernen.

Nach der Aushagerungsphase ist zur Anreicherung der Artenausstattung autochthones Saatgut mit Heublumen auszubringen. Bei Intensivgrünlang als Ausgangszustand ist die Fläche vor Ansaat umzubrechen oder mit der Kreiselegge zu bearbeiten.

6.4.3 Pflegemaßnahmen

Nach der Aushagerungsphase ist die Wiese 1 Mal jährlich nach dem 15.07. zu mähen. Das Schnittgut ist 5 Tage auf der Fläche zu belassen und danach zu entfernen. Das Ausbringen von Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

Das Ausbringen von Pflanzenschutz oder Düngemitteln ist nicht zulässig.

6.5

CEF Maßnahme Ackerbrache

Acker als Brache belassen und alle 2 Jahre die Hälfte der Fläche im Wechsel im Spätwinter bis Ende Februar umbrechen mit Egge.

Das Ausbringen von Pflanzenschutz oder Düngemitteln ist nicht zulässig.

7 Rückbau

7.1 Die Nutzung der Freiflächenphotovoltaikanlage wird auf 25 Jahre befristet. Eine Erneuerung der Photovoltaikanlage nach Ablauf der Nutzungsdauer ist zulässig.

Nach Aufgabe der Nutzung "Freiflächenphotovoltaikanlage" ist die Anlage vom Betreiber rückstandsfrei zurück zu bauen. Als Nachfolgenutzung wird eine extensive Grünlandbewirtschaftung festgesetzt.

8 Bemaßung

8.1

Maßzahl in Metern, z.B. 16 m

B Nachrichtliche Übernahmen

1 80000

Bodendenkmal D-1-8031-0010 Straße der römischen Kaiserzeit (Teilstück der Trasse Gauting-Kempten)

C Hinweise

1 bestehende Grundstücksgrenze

2 454 Flurstücksnummer, z. B. 454

Höhenlinien, mit Höhenangabe in Meter über NHN, z.B. 495,5 m ü NHN, natürliches Gelände

4 Vorschlag zur Anordnung der Photovoltaik – Module

5 Baum zum Erhalt

6 Geltungsbereich Bebauungsplan "Egart"

7 Denkmalschutz

Im Plangebiet befinden sich ein Bodendenkmal. Für Bodeneingriffe jeglicher Art im

Geltungsbereich 1 des Bebauungsplanes ist eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 DSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zulässigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG.

8 Altlasten

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans liegen keine bekannten Altlastenverdachtsflächen. Sollten bei den Aushubarbeiten optische oder organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich das Landratsamt zu benachrichtigen (Mitteilungspflicht gem. Art. 1 BayBodSchG). Der Aushub ist z.B. in dichten Containern mit Abdeckung zwischenzulagern bzw. die Aushubmaßnahme ist zu unterbrechen bis der Entsorgungsweg des Materials geklärt ist.

9 Brandschutz

Es ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 in Absprache mit der zuständigen Feuerwehr zu erstellen. Der Anlage ist in einem Alarmplan eine eindeutige Alarmadresse zuzuordnen. Die Zugänglichkeit zur Anlage für die Feuerwehr ist beispielsweise über die Verwendung von Doppelschließzylindern sicherzustellen. Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, sollte am Zufahrtstor deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage angebracht sein und der örtlichen Feuerwehr mitgeteilt werden. Es sind Flächen für die Feuerwehr gemäß DIN 14090 einzurichten.

Die Löschwasserversorgung erfolgt über wasserführende Fahrzeuge der Feuerwehr Denklingen.

10 Wasserschutz

Das Waschen der Moduloberflächen darf ausschließlich mit Wasser ohne Zusätzen erfolgen.

Die Versickerung von Niederschlagswasser hat breitflächig über den bewachsenen Oberboden zu erfolgen.

Die Dachfläche der Transformatorengebäude ist extensiv zu begrünen.

Die Pflanzung folgender heimischer standortgerechter Baum- und Straucharten wird empfohlen:

Bäume: Sträucher: Acer campestre (Feld-Ahorn) Carpinus betulus (Hainbuche) Acer platanoides (Spitz-Ahorn) Cornus mas (Kornelkirsche) Acer pseudoplatanus (Berg-Ahorn) Cornus sanguinea (Roter Hartriegel) Corylus avellana (Haselnuss) Betula pendula (Sand-Birke) Carpinus betulus (Hainbuche) Crataegus laevigata (Zweigr. Weißdorn) Fagus sylvatica (Rot-Buche) Euonymus europaea (Pfaffenhütchen) Prunus avium (Vogel-Kirsche) Frangula alnus (Faulbaum) Pyrus pyraster (Wild-Birne) Lonicera xylosteum (Rote Heckenkirsche) Quercus petraea (Trauben-Eiche) Ligustrum vulgare (Liguster) Quercus robur (Stiel-Eiche) Prunus spinosa (Schlehe) Sorbus aria (Echte Mehlbeere) Ribes alpinum (Alpen-Johannisbeere) Sorbus aucuparia (Vogelbeere) Rosa arvensis (Feld-Rose) Tilia cordata (Winter-Linde) Salix caprea (Sal-Weide) Tilia platyphyllos (Sommer-Linde) Sambucus nigra (Schwarzer Holunder) Viburnum opulus (Wasser-Schneeball) Viburnum lantana (Wolliger Schneeball)

Verfahrensvermerke

1.		der Sitzung vom die Aufstellung des Bebau- Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich be-
2.	Unterrichtung und Geleg	keitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher enheit zur Äußerung und Erörterung über den Vorentwurf der Fassung vom hat in der Zeit vom stattgefunden.
3.	gemäß § 4 Abs. 1 BauG den Vorentwurf des Beba	g der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange B mit Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung über auungsplans in der Fassung vom hat in der bis stattgefunden.
1 .		ingsplans in der Fassung vom wurde mit der Begründung B in der Zeit vom bis öffent-
5.	die Behörden und sonsti	oauungsplans in der Fassung vom wurden gen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB bis beteiligt.
5.		ngen hat mit Beschluss des Gemeinderates vom uungsplan in der Fassung vom gemäß § 10 ng beschlossen.
		Denklingen, den
	(Siegel)	Andreas Drawnson and Frater Düngsungsister
		Andreas Braunegger, Erster Bürgermeister
7.	Ausgefertigt	
		Denklingen, den
	(Siegel)	Andreas Braunegger, Erster Bürgermeister

8.	§ 10 Abs. 3 Satz 1 Halbs plan mit Begründung wi Gemeinde zu jedermann langen Auskunft gegebe	zum Bebauungsplan wurde am gemäßsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsrd seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Veren. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die bs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und esen.
		Denklingen, den
	(Siegel)	Andreas Braunegger, Erster Bürgermeister